

Gefahrguttransporter sich nicht an die Seeverkehrsregeln gehalten und die Vorfahrt des kleineren Segelboots mißachtet habe. Das Bundesamt für Schifffahrt und Hydrographie hat mittlerweile Vorermittlungen aufgenommen.

Nach dem Unfall hatte die „Mikhail Lomonosov“ die Fahrt fortgesetzt. Durch den Nord-Ostsee-Kanal erreichte sie am Montagmorgen, 21. Oktober, den Burchardkai im Hamburger Hafen und ließ dort die radioaktive Fracht löschen. Das bestätigte die Wasserschutzpolizei in Hamburg auf Nachfrage von „Panorama 3“. Derartige Güter werden von Hamburg aus zur Brennelementefabrik in Lingen bzw. zur Urananreicherungsanlage in Gronau gebracht. Mittlerweile ist das Schiff der russischen Reederei Northern Shipping Company in Richtung Antwerpen unterwegs.

Die Hamburger Umweltschutzgruppe „SAND“ fordert den sofortigen Stop von atomaren Transporten auf dem Wasserweg. Erst im Mai dieses Jahres war es im Hamburger Hafen zu einem Unfall mit Uranhexafluorid gekommen, als der Spezialfrachter „Atlantic Cartier“ in Brand geraten war.

Strahlentelex hatte berichtet (www.strahlentelex.de/Stx_13_636-637_S10-12.pdf). ●

Atomwirtschaft

Frankreich will die Betriebsdauer seiner AKW auf 50 Jahre verlängern

Die Regierung in Paris will die Betriebsdauer der französischen Atomkraftwerke von bisher 40 auf 50 Jahre verlängern. Das soll einem Bericht der Zeitschrift Le Journal du

Dimanche zufolge Mitte dieses Monats öffentlich verkündet werden. Die Mehrzahl der 58 Atomreaktoren in Frankreich ist in den Jahren von 1978 bis 1989 in Betrieb genommen worden. Frankreich ist mit seinen 58 Reaktoren an 19 Standorten nach den USA der zweitgrößte Atomstromproduzent der Welt. 80 Prozent des französischen Stroms wird in Atomkraftwerken erzeugt. Präsident Francois Hollande hatte dagegen erst kürzlich noch sein Wahlversprechen bekräftigt, bis zum Jahr 2025 den Anteil auf 50 Prozent verringern zu wollen. ●

Atomwirtschaft

Die Urananreicherungsfirma URENCO in Gronau soll verkauft werden

Alle Anteilseigner der Urananreicherungsfirma URENCO in Gronau (Kreis Borken in Nordrhein-Westfalen (NRW)) wollen sich von ihren Anteilen trennen. Nach Angaben der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke sind sowohl die Regierungen von Großbritannien und den Niederlanden als auch die deutschen Energiekonzerne RWE und E.ON daran interessiert, ihre Anteile an der Urananreicherungsfirma zu verkaufen (Bundestagsdrucksache 17/14668 vom 2.9.2013). Die URENCO befindet sich derzeit zu jeweils einem Drittel im Besitz des britischen und niederländischen Staates sowie von RWE und E.ON. Die Bundesregierung besitzt durch die Staatsverträge von Almelo, Washington und Cardiff weitreichende Mitwirkungs- und Vetorechte bei URENCO, weil die Urananreicherung gerade unter militärischen Gesichtspunkten zu den politisch

heikelsten Wirtschaftsaktivitäten auf deutschem Boden zählen. Im Mai 2013 hatte E.ON-Chef Johannes Teyssen ein „offenes Bieterverfahren“ angekündigt und der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem neben einem Direktverkauf auch von der Vorbereitung eines Börsengangs zur Veräußerung der URENCO-Anteile gesprochen. Aus dem NRW-Wirtschaftsministerium verlautete zudem, daß auch Hedgefonds und Pensionsfonds URENCO-Anteile erwerben könnten. Zur Kontrolle des Unternehmens erklärte nun die Bundesregierung, sie werde „deshalb möglichen Änderungen an der Anteilsstruktur von URENCO nur dann zustimmen, wenn vorher durch einen entsprechenden Rechtsrahmen für die künftige Struktur von URENCO klargestellt ist, dass auch weiterhin nukleare Nichtverbreitung, Sicherung der Technologie und wirtschaftliche Solidität bei URENCO sichergestellt sind.“ ●

Atom Müll

Sorgenbericht

Zu Beginn der Reaktorkatastrophe von Fukushima rief die Bundesregierung zwar den Atomausstieg aus, doch verändert hat das nichts. Der Atom Müll strahlt weiter. Das macht der aktuelle Sorgenbericht der Atom Müllkonferenz 2013 deutlich. Daten zu mehr als 90 Atom Müllstandorten in Deutschland hat die Politologin Ursula Schönberger für diese Bestandsaufnahme zusammengetragen. Dabei sind „Spezialitäten“ wie 1.900 Altlastanlagen der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut in Sachsen und Thüringen, für die keine Sanierungspflicht besteht, nicht einmal mitgerechnet. Entstanden ist ein 272 Seiten starkes Buch, das die Atom Müllmisere der Bundesrepublik Deutschland

abbildet.

Zu lesen sind diese Datenblätter der gesamtdeutschen Atom Mülllära wie Szenen aus einem Kriminalroman. In kurzen Essays wird auch auf standortübergreifende Probleme eingegangen, wie das „Freimessen“ von Atom Müll, Transparenz oder der ungelösten Frage nach dem Lagerkonzept für das gesamte Atom Müllaufkommen. Diese Bestandsaufnahme zeichnet nicht nur die circa 5 Prozent hochradioaktiver Abfälle auf, für die ein Endlager gesucht wird, sondern auch die restlichen 95 Prozent, den die Politik gerne verschweigt.

Dem Sorgenbericht ist eine gefaltete, DIN A1 große Karte beigelegt, die alle Atom Müllstandorte noch einmal sichtbar macht. Von einer weißen Landkarte kann heute niemand mehr sprechen.

Zu beziehen ist der Sorgenbericht für 15 Euro bei der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Bleckenstedter Str. 14a, 38239 Salzgitter, eMail: bestandsaufnahme@atommuellkonferenz.de, Tel. 05341-90019-4, Fax -5, oder im Buchhandel, ISBN 978-3-00-043228-6. ●

Energiewirtschaft

Höchste Subventionen für Atomstrom

Großbritannien schloß Atombündnis mit China

2023, ein Jahr nachdem das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet worden ist, soll nach dem Willen der konservativen britischen Regierung unter Premierminister David Cameron auf dem Gelände des bestehenden Kraftwerks Hinkley Point in der Grafschaft Somerset, rund 200 Kilometer westlich von London, der erste von zwei neuen Reaktorblöcken in Betrieb gehen. Gebaut werden soll unter Füh-

zung des staatlichen französischen Atomkonzerns EdF und unter Beteiligung der chinesischen Staatskonzerne China General Nuclear Corporation (CGN) und China National Nuclear Corporation (CNNC), nachdem die deutschen Konzerne Eon und RWE eine Beteiligung abgesagt hatten. EdF und die britische Regierung gaben am 21. Oktober 2013 eine entsprechende Absichtserklärung bekannt. Den Investoren bot die britische Regierung demnach für 35 Jahre nach Inbetriebnahme einen garantierten Abnahmepreis von 92,50 Pfund (109 Euro) plus Inflationszuschlag je Megawattstunde Atomstrom, was etwa dem Doppelten des heutigen Strompreises entspricht. Die EU-Kommission muß den Garantiepreis noch genehmigen. Eine endgültige Investitionsentscheidung wird EdF allerdings voraussichtlich erst in 2014 treffen, wurde mitgeteilt. Die Franzosen wollen 45 bis 50 der Projektanteile halten, die Chinesen 30 bis 40 Prozent und der ebenfalls staatliche französische Atomtechnikhersteller Areva 10 Prozent. Die Kosten werden mit rund 16 Milliarden Pfund (19 Milliarden Euro) angegeben. Mit CGN baut EdF im chinesischen Taishan bereits zwei Reaktoren. Für das französische Atomkraftwerk Flamanville, das ebenfalls von EdF und Areva errichtet wird, sind die ursprünglich geschätzten Baukosten von 3,3 Milliarden Euro auf inzwischen 8,5 Milliarden Euro gestiegen.

Zuvor hatte der britische Finanzminister George Osborne am 17. Oktober 2013 im Rahmen eines Staatsbesuchs in China eine Ansichtserklärung zur Zusammenarbeit beider Länder in der zivilen Nukleartechnik unterzeichnet. Die Regierung in London wolle, daß chinesische Unternehmen Teilhaber beim Bau von Atomkraftwerken auf der Insel werden, sagte Osborne. Beobachter erklärten, es gebe

zwar außen- und sicherheitspolitische Bedenken wegen einer Zusammenarbeit mit China in der Nukleartechnik, die konservative britische Regierung stelle diese aber aus wirtschaftlichen Interessen zurück.

In Großbritannien war in den 1950er Jahren das erste kommerzielle Atomkraftwerk der Welt, Calder Hall, gebaut worden. Heute sind die insgesamt neun Atomkraftwerke, die circa 20 Prozent des britischen Stroms liefern, zum Großteil überaltert. Der letzte britische Reaktor war vor 18 Jahren in Betrieb genommen worden und war „ein finanzielles Debakel“. Wenn eine Form der Stromerzeugung nach mehr als einem halben Jahrhundert immer noch staatliche Subventionen benötigt, ist sie ein wirtschaftlicher Irrweg, heißt es von Ökonomen.

Die in Großbritannien vereinbarte Vergütung über 35 Jahre für das Atomkraftwerk Hinkley zeigt, wie teuer die Kernkraft im Vergleich zu den Erneuerbaren Energien ist, erklärte dazu der deutsche Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. am 21. Oktober 20123 in Berlin. Vergleichbar man die Zahlen inflationsbereinigt und über eine Laufzeit von 20 Jahren mit den Vergütungen im deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dann entspreche die Atomvergütung in Großbritannien bei einer konservativ gerechneten Inflationsrate von 2,0 Prozent einem EEG-Vergütungssatz in Höhe von 34,5 Cent.

Das ist mehr als das 3,5-fache der aktuellen Solarstromvergütung für Freiflächenanlagen und mehr als das Doppelte der Vergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen. Wer Windstrom in Deutschland erzeuge, erhalte ein Viertel des Betrages, den EdF für sein Atomkraftwerk in Großbritannien erhalten wird. Die AKW-Vergütung soll von 2023 bis 2058

laufen. Die Vergütung in Großbritannien sieht einen Inflationsausgleich vor, nach dem EEG werden die Vergütungen dagegen nominal ausbezahlt, ohne Inflationsanpassung. Die Vergütung in Großbritannien wird über 35 Jahre gewährt, die nach dem EEG über 20 Jahre. Atomstrom wird nicht nur direkt mit Steuergeldern subventioniert, sondern auch indirekt durch den Verzicht auf eine ausreichende Haftpflichtversicherung. ●

Energiepolitik

Die EU spielt mit falschen Zahlen

Mit mehr als 130 Milliarden Euro wird der europäische Energiemarkt subventioniert. Besondere öffentliche Aufmerksamkeit weckte die EU-Kommission mit ihrer – inzwischen zurückgenommenen – Absicht, Atomkraft mit Beihilfen aus Steuergeldern unter die Arme zu greifen. Sie mache damit deutlich, daß sie in der atomaren Sackgasse feststecke und die Atomindustrie ohne staatliche Unterstützung am Ende sei, wird der EU-Kommission vorgehalten. In einem zunächst nicht öffentlichen Papier mit dem Titel „Aus staatlichen Eingriffen das Beste machen“ („making the most of public intervention“) möchte die EU-Kommission erreichen, daß die Mitgliedstaaten ihre Energiesubventionen auf den Prüfstand stellen, um den Strombinnenmarkt zu verwirklichen. Das wäre im Grunde richtig, wenn die EU-Kommission nicht erneut mit falschen Zahlen argumentieren und Äpfel mit Birnen vergleichen würde, merkt dazu Hans-Josef Fell, bislang Sprecher für Energie der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen an. Zwar seien laut EU-Kommission die Subventionen für die

Atomenergie mit 35 Milliarden Euro deutlich höher als die für die Erneuerbaren Energien, die nur 30 Milliarden Euro betragen – eine Zahl, die in der Schlußfassung des Papiers der EU-Kommission wieder gestrichen wurde. Aber das Mißverhältnis dürfte noch viel größer sein, weil die großen Bevorzugungen der Atomenergie, wie zum Beispiel die nicht ausreichende Haftungsvorsorge, gar nicht berücksichtigt werden. Auch sei es falsch, die Einspeisevergütung für Erneuerbare Energien, die nicht aus Steuergeldern finanziert wird und damit keine Beihilfe nach EU-Recht darstellt, mit direkten steuerlichen Subventionen für die Atomkraft gleichzustellen.

Zudem gebe es keine Vergleiche, wie stark die gestiegenen Kosten für Energierohstoffimporte die Preise für die Energiekunden und die öffentlichen Haushalte belastet haben oder wie stark in Deutschland die Erneuerbaren Energien die Industriestrompreise gesenkt haben, erklärt Fell weiter. Und auch bei weiteren Vorschlägen türke die EU-Kommission ihre Argumente, indem sie die längst widerlegte Behauptung aufstellt, daß die Solarenergie in südlichen Regionen und Windenergie in stürmischen Regionen günstiger erzeugt werde. Dies mißachte, daß die hohen Kosten für die Infrastruktur, zum Beispiel mit langen Leitungen zu den Verbrauchszentren, die Kosten dieser Erneuerbaren Energien gegenüber der dezentralen Erzeugung massiv verteuern würden.

Das Papier sei auch ein erneuter Versuch der EU-Kommission, das erfolgreiche deutsche Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zu Fall zu bringen. So werde ganz offen die Abschaffung des EEG zugunsten von Quotenregelungen gefordert, die die EU-Kommission selbst in früheren Studien als eindeutig teurer und ineffizienter einstufte.